



Dann bleibt doch bei Herd und Kind

Wie man mit Budgetpolitik Gesellschaftspolitik macht, sieht man derzeit live in Oberösterreich.

Kommentar

••• Von Dinko Fejzuli

KARRIEREHAUSFRAU. Als Slogan klingt „Keine neuen Schulden“ ja durchaus vernünftig – es funktioniert aber nur, wenn man bei steigenden Ausgaben gleichzeitig woanders mehr einspart, als man bisher ausgegeben hat.

So weit, so logisch, aber leider auch problematisch. Denn: Frei nach dem Florianiprinzip möchte natürlich niemand, dass dann gerade bei *ihm* der Rotstift angesetzt wird. Und so hat sich wohl die ÖVP-FPÖ-Landesregierung in Oberösterreich gedacht, könne man das Problem gerecht lösen, indem man zu allen gleich unfair ist und alle über einen Kamm in ihrem eigenen Bereich 10% der bisherigen Kosten einsparen müssen. Mit guten Beispiel voran, kürzte man die eigenen Politikergehälter um 10% – und erwartet nun den gleichen Sparwillen von allen anderen. Das Problem an der Sache: Bereits jetzt sieht man, wohin das Sparen nach dem Gießkannenprinzip führt.

Bildung wird für die Betroffenen direkt teurer, da künftig plötzlich für die FHs eine Studien-

gebühr zu entrichten sein wird. Nur gerecht, werden sich alle Studenten an „normalen“ Unis denken; müssen sie sich doch schon seit Jahren eine Studiengebühr abdrücken.

Auch Familien mit Kindern trifft der Sparzwang unmittelbar: Bisher gratis, kostet die Nachmittagsbetreuung des Nachwuchses etwas.

Nur diese zwei Beispiele zeigen, wie eine kurz-sichtige Wirtschafts- und Sozialpolitik langfristig die Zukunft beschädigen kann.

Manche, die bisher daran gedacht haben, sich weiterzubilden, werden dies vermutlich unterlassen – in Zeiten vom Fachkräftemangel eine desaströse Entwicklung. Ich will jetzt gar nicht sagen, dass jene, die Kinder haben wollten, diese nun nicht mehr bekommen werden, weil sie dann in ein paar Jahren für deren Nachmittagsbetreuung viel Geld zahlen müssen.

Was aber sehr wohl passieren wird, ist, dass die Betroffenen unnötig in eine schwierigere wirtschaftliche Lage gebracht werden, denn weitere Kosten für die Kindererziehung treffen genau jene, die schon bisher aufgrund eben dieser Kinder weit höher armutsgefährdet sind, als es andere sind.

”

Wenn jemand etwas über mich sagt, kann ich – bing bing bing – mich darum kümmern.“

Zitat des Tages

Donald Trump, Präsident der USA



Verwirrende Einladung

Gianna Schöneich

Attila Hildmann gilt als der Vorzeige-Veganer und Kochbuchautor. In Berlin eröffnete er ein Bistro „Vegan Food by Attila Hildmann“, welches eine schlechte Kritik einer Journalistin erhielt. Daraufhin rastete Herr Hildmann komplett aus und ließ auf Social Media die Fetzen fliegen: „Ich freue mich, dass ich Sie nicht erkannt habe, sonst hätte ich Ihnen meine Pommes in Ihre Wannabe-Journalistinnen-Visage gestopft“ und verordnet ein Hausverbot. Die Wendung: Per Facebook lud er nun vergangenen Mittwoch alle Journalisten zum Probeessen ein – jeder sollte sich selbst ein Bild machen. Dazu postete er ein Foto, das ihn mit einer gezückten Shotgun zeigt. Wir kommen jedenfalls nicht.

Ein risikobasierter Ansatz

Die DSGVO und die e-Privacy-Verordnung im Blick.

Gastkommentar

••• Von Maximilian Schubert

REGELUNGEN. Die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) bietet unserer Ansicht nach ein ausdifferenziertes und flexibles Regelwerk für die Verarbeitung von Daten, in dem die verschiedenen involvierten Interessen der Beteiligten Berücksichtigung finden und die Grundrechte gewahrt bleiben. Der Grundsatz dabei ist: Je höher das Risiko, desto strenger die Voraussetzungen. Dieser risikobasierte Ansatz erscheint uns schlüssig und sollte auch für Telekom-Betreiber zur Anwendung kommen. Sofern die Regelungen der DSGVO und der e-Privacy-Verordnung voneinander abweichen, wären ähnlich risikoreiche Datenverarbeitungsprozesse an unterschiedliche Voraussetzungen geknüpft. Dies wäre nicht nur systemwidrig, sondern würde Telekom-Unternehmen ungerechtfertigt benachteiligen. Auf nationaler Ebene ist es von größter Bedeutung, dass die vorhandenen Öffnungsklauseln nicht zu einer neuerlichen Einführung der vom EuGH bereits als grundrechtswidrig aufgehobenen Vorratsdatenspeicherung missbraucht werden.



Maximilian Schubert ist Generalsekretär der ISPA.

men ungerechtfertigt benachteiligen. Auf nationaler Ebene ist es von größter Bedeutung, dass die vorhandenen Öffnungsklauseln nicht zu einer neuerlichen Einführung der vom EuGH bereits als grundrechtswidrig aufgehobenen Vorratsdatenspeicherung missbraucht werden.

Die abgedruckten Gastkommentare geben ausschließlich die Meinung des Verfassers wieder. Wir behalten uns das Recht auf Kürzung vor.